

Hintergrundinformationen

„20 Jahre Mauerfall“: Eine ökonomische Bilanz

Was kennzeichnet die Wirtschaft in Ostdeutschland? Worin unterscheidet sich die Wirtschaftsstruktur in Ost und West?

Produktionslücke:

Ostdeutschland lebt immer noch über seine Verhältnisse – aber die Lücke ist geschrumpft

Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den 20 Jahren seit dem Mauerfall enorme Fortschritte gemacht. Zwar ist das ostdeutsche „Nationaleinkommen“ aufgrund gesamtdeutscher Transfereinkommen immer noch größer als das, was die ostdeutsche Wirtschaft selbst erwirtschaftet. Doch von einer so großen Transferabhängigkeit wie zu Beginn der 90er Jahre kann heute keine Rede mehr sein.

Trotz dieser enormen, in der öffentlichen Wahrnehmung zu wenig gewürdigten Aufholleistung bleibt ökonomisch ein zentraler Unterschied zwischen Ost und West: So liegt Ostdeutschland bei der Produktivität noch deutlich hinter den westdeutschen Ländern. Je Erwerbstätigem werden weniger als 80 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung erbracht. Der Abstand bei der Stundenproduktivität ist mit 74 Prozent noch größer. Dieser Produktivitätsrückstand betrifft fast alle Wirtschaftszweige. Entsprechend bleiben auch die Erwerbseinkommen im Osten deutlich hinter denen im Westen zurück.

Doch wo liegt der Schlüssel, damit Ostdeutschland auch bei der Produktivität und damit auch bei den Einkommen zum Westen aufschließen kann?

Werkbank des Westens: Fehlende Unternehmenszentralen

Eine zentrale Ursache für die Produktivitätslücke liegt in der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur: Es fehlen industrielle Kerne und, wo es sie gibt, sind sie zu klein und ist die Wertschöpfung zu gering.

Insgesamt sind auch die Betriebe in Ostdeutschland vergleichsweise klein. Große westdeutsche und ausländische Unternehmen führen in den neuen Bundesländern meist lediglich Zweigbetriebe, Unternehmenszentralen und dementsprechend Forschungs- und Entwicklungsabteilungen fehlen. Demzufolge gibt es in Ostdeutschland relativ mehr Beschäftigte als im Westen, die einfache und manuelle Tätigkeiten in der Produktion ausüben, während die nichtmanuellen qualifizierten und hochqualifizierten Tätigkeiten in For-

schung und Entwicklung (FuE), Verwaltung, Marketing und Führung in den Konzernzentralen in Westdeutschland oder Ausland ausgeübt werden. Große Unternehmen sind aber häufig produktiver, weil sie Kosten auf eine größere Stückzahl umlegen können (Losgrößenvorteil). Und bei Kleinbetrieben mit zehn oder 20 Mitarbeitern handelt es sich um Betriebsgrößen, bei denen es per se schwierig ist, eine hohe Forschungsintensität zu erreichen.

Industrie: zu wenig Innovationskraft

Dass die ostdeutsche Wirtschaft bisher nur die Hälfte der Innovationstätigkeit der westdeutschen Wirtschaft erreicht, ist daher kaum überraschend. Und ostdeutsche Neugründungen brauchen noch Zeit, um zu großen Unternehmen mit eigenen Konzernzentralen heranzuwachsen.

Allerdings: Die ostdeutsche Industrie holt auf, und zwar deutlich. Die Ausgangslage war äußerst schwierig. Nach dem Mauerfall gingen rund 2,5 Millionen industrieller Arbeitsplätze verloren. Tausende Unternehmen wurden liquidiert. Der Anteil Ostdeutschlands an der gesamtdeutschen Industrieproduktion lag 1992 bei gerade noch 3,4 Prozent. Mittlerweile ist dieser Wert wieder auf fast zehn Prozent gestiegen, und die industrielle Produktion ist höher als zu DDR-Zeiten. Die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigem stieg von unter einem Viertel des westdeutschen Niveaus 1991 über rund zwei Drittel um die Jahrtausendwende auf 78,3 Prozent 2008.

Ein Aufholen bei der Wettbewerbsfähigkeit ist auch an der Exportquote der ostdeutschen Industrie abzulesen: Sie erhöhte sich von nur 12 Prozent Mitte der 90er Jahre auf 33 Prozent 2008, konnte sich also fast verdreifachen.

Was sind die (heimlichen) Stärken der Wirtschaft im Osten?

Standortvorteile: Flexibilität, niedrige Lohnstückkosten, exzellente Infrastruktur

Da es in Ostdeutschland seit ungefähr zehn Jahren nur moderate Lohnsteigerungen gab, sind die Lohnstückkosten entsprechend kontinuierlich gesunken. Sie lagen im verarbeitenden Gewerbe 2008 bei 86 Prozent des Westniveaus. In Verbindung mit dem hohen Qualifikationsniveau der Beschäftigten ist Ostdeutschland also ein durchaus wettbewerbsfähiger Industriestandort.

Doch Ostdeutschland hat als Standort noch weitere Vorteile zu bieten: So gibt es wegen fehlender Flächentarifverträge eine hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes und der Betriebe. Außerdem gibt es eine inzwischen hervorragend ausgebaute Infrastruktur. Dies gilt auch für Hochschulen und nicht-universitäre Forschungseinrichtungen. Allerdings lässt der Transformation von Wissen hinzu zu innovativen Produkten noch zu wünschen übrig. Überdies werden die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten noch zu sehr vom Staatsektor getragen: Staat und Hochschulen bestreiten mehr als die Hälfte der FuE-Ausgaben; in Westdeutschland liegt dieser Anteil bei reichlich einem Viertel

Wie ist die demographische Situation des Ostens?

Demografischer Wandel trifft auf historisch geringe Besiedlungsdichte

Ostdeutschland ist viel dünner besiedelt als Westdeutschland. Diese Differenz in der Raumstruktur hat historischen Charakter und kann mittelfristig nicht ausgeglichen werden. Im Gegenteil: Allein die dünne Besiedlung Ostdeutschlands schmälert die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Hinzukommt, dass sich seit dem Mauerfall die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland durch Abwanderung und Geburtendefizit um über zwei Millionen Personen oder knapp 14 Prozent verringert hat. Die Folgen des demografischen Wandels - Schrumpfung der Bevölkerung und beschleunigte Alterung - sind heute in den ostdeutschen Ländern bereits deutlich spürbar. Der Wandel lässt sich nicht mehr aufhalten. Er wird sich vielmehr in Zukunft noch deutlich verschärfen und alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche erfassen.

Schrumpfung statt Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels

Da eine starke Wirtschaftsleistung in hohem Maße mit einer hohen Besiedlungsdichte zusammenhängt, kann der demografische Wandel in Ostdeutschland vor allem die Produktivitätsentwicklung der Wirtschaft negativ beeinflussen.

„Schrumpfungsszenarien“ werden deshalb „Wachstumsszenarien“ ersetzen müssen. Es sollte jedoch gelingen, sinnvolle Strategien zur Anpassung zu entwickeln, da sich dieser Prozess mittel- bis langfristig vollzieht und deshalb gut planbar ist. Dennoch ist angesichts der demographischen Ausgangslage eine vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland unwahrscheinlich. Auch im Jahr 2020 wird das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner voraussichtlich noch bei etwa 70 bis 80 Prozent des westdeutschen Durchschnittsniveaus liegen.

Wie geht es den Ostdeutschen 20 Jahre nach dem Mauerfall materiell?

In den ersten Jahren nach dem Mauerfall konnten deutliche Angleichungsfortschritte beim Wohlstandsniveau zu den alten Bundesländern verzeichnet werden. Die verfügbaren Einkommen sind sehr schnell gestiegen. Ende der 90er Jahre hat sich dieser Angleichungsprozess aber immer weiter verlangsamt. Aber immerhin: Bei den verfügbaren Einkommen je Einwohner wurden inzwischen 80% des westdeutschen Niveaus erreicht, bei der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung sind es dagegen lediglich 70%.

Derzeit ist keine weitere schnelle Angleichung absehbar. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch der subjektiven Zufriedenheit. Charakteristisch für die Einkommen in Ostdeutschland ist die relativ gleichförmige Verteilung und die geringe Ungleichheit.

Insbesondere im oberen Bereich sind die Einkommen weniger stark gespreizt als im Westen. Und nach wie vor werden die Einkommen in starkem Maße durch Sozialtransfers gestützt. So sind die monetären Sozialleistungen immer noch höher als die von den privaten Haushalten gezahlten Einkommensteuern und Sozialabgaben zusammengenommen.

Wie trifft die aktuelle Wirtschaftskrise die neuen Bundesländer?

Natürlich macht sich auch in Ostdeutschland die Krise bemerkbar. Die derzeit wenigen verfügbaren Daten zeigen allerdings, dass die neuen Bundesländer bisher vergleichsweise wenig von ihr berührt wurden. In Deutschland lastet der Nachfrageeinbruch vor allem auf der exportabhängigen Industrie – und diese ist in Ostdeutschland vergleichsweise schwach vertreten.

Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit der seit November letzten Jahres ansteigenden Arbeitslosigkeit zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Diese erklären sich zu drei Vierteln aus dem jeweiligen Ausmaß der Beschäftigung in der Exportindustrie. So hatten – ausgehend von einem niedrigen Niveau – Bayern und Baden-Württemberg einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von etwa 30% zu verzeichnen, während in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg die Zahl der Arbeitslosen stagnierte. Ungünstiger sieht es dagegen im stärker industrialisierten Sachsen aus.

Zynisch gesprochen: Die Krise sorgt für regionale Konvergenz in Deutschland. Es kann natürlich nicht im Sinne der neuen Bundesländer liegen, dass die wirtschaftsstarken Regionen im Westen schwächeln. Vielmehr kommt es in der Zukunft darauf an, dass Deutschland auf einen steileren Wachstumspfad als in den letzten zehn Jahren einschwenkt. Denn fast nur dann, wenn die Wachstumskerne kräftig expandieren, können die zurückgebliebenen Regionen aufholen, weil es dann vermehrt zu – nicht-subventionierten - Neuan siedlungen und Verlagerungen von Produktionen in die Fläche hinein kommt.

Quelle:

Die vom DIW vorgestellte ökonomische Bilanz ist veröffentlicht im aktuellen Vierteljahrsheft für Wirtschaftsforschung, Jg. 78, Nr. 2/2009:

http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_02.c.298950.de

Chefredaktion: PDin Dr. Dorothea Schäfer